

Samstag, 08. Oktober 2022, Offenbach-Post / Offenbach

Verkehrswende auch in der Luft

PODIUMSDISKUSSION - Weniger Flüge und Verhaltensänderung gefordert

VON BARBARA SCHOLZE



Ein Flugzeug fliegt über die Stadt und verursacht dabei auch jede Menge Feinstaub. Fotos: dpa, Scholze

Offenbach – Lärm und Gesundheitsschutz schwebten über der Diskussion, standen aber nicht im Vordergrund. Zu einem Gesprächsabend über die „Verkehrswende auch im Luftverkehr“ hatte die Bürgerinitiative Luftverkehr (BIL) gemeinsam mit der Stadt eingeladen. Zum Publikum in dem gut gefüllten Saal im Ostpol gesellten sich unter der Moderation von Stefanie Heng-Ruschek auch Luftverkehrs-Spezialisten und Politiker wie die Bundestagsabgeordneten Björn Simon (CDU), Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) und Thorsten Lieb (FDP) sowie die Landtagsabgeordneten Nadine Gersberg (SPD) und Christiane Böhm (Linke). Am Schluss bekannten vor allem die politischen Vertreter, einiges gelernt zu haben zu Themen wie Emission in der Höhe, Kurzstreckenflüge oder Kerosinsteuer.

In ihrer Begrüßungsansprache stellte die BIL-Vorsitzende Ingrid Wagner fest, allzu oft gehe es bei der Verkehrswende um den Autoverkehr. „Es muss aber auch im Luftraum schnell gehandelt werden.“ Dem schloss sich Stadtrat Paul-Gerhard Weiß an: „Die Auswirkungen auf das Klima spielen

zunehmend eine Rolle und es wird Veränderungen geben müssen.“

Die ersten Themen in der Diskussion um umweltverträglicheres Fliegen setzte Jakob Graichen vom Öko-Institut. „Rund zwei Prozent der globalen Emissionen stammen aus dem Luftverkehr“, betonte er. Erschwerend sei, dass CO₂ in der Höhe eine wesentlich stärkere Wirkung habe. Die drei Schwerpunkte „vermeiden“, „verlagern“ und „reduzieren“ stünden nun im Mittelpunkt. Und zwar immer mit Augenmaß. So sei etwa bei eventuellen weiteren Abgaben die Relation zwischen Einkommen und Fliegen zu bedenken. Heißt: Reiche fliegen öfter und weiter. „Wir sollten aber keine Sozialpolitik über den Luftverkehr machen mit einer Umverteilung von unten nach oben“, mahnte Graichen. Die Klimawirkung reduzieren könne man dagegen eher mithilfe von nachhaltigen Treibstoffen und alternativen Antrieben. Ebenso nahm der Spezialist für Energie und Klimaschutz Themen wie einen klimaneutralen Treibstoff und Kurzstreckenflüge in den Blick. Dort ergebe allerdings eine Reduktion nur dann Sinn, wenn sie nicht zugunsten von zusätzlichen Langstreckenflügen ausfiele.

Schlussendlich betonte Graichen eine Alternative, an der im Laufe des Abends fast keiner mehr vorbeikam: „Am effektivsten ist die Verknappung, also weniger Flüge.“ Eine Maßnahme, die auch in dem „Acht-Bausteine-Papier“ vorkommt, das René Weinandy vom Umweltbundesamt vorstellte. Allerdings dort auf dem letzten Platz. Indes stellte auch Weinandy fest: „Weniger fliegen ist ein zentraler Baustein.“ Das gehe allerdings nicht über regulierende Maßnahmen, „wir sollten eher überzeugen und Alternativen aufzeigen.“ Im Zusammenhang mit der Stadt Offenbach richtete Weinandy den Blick auf Baustein sechs, der dazu auffordert, für saubere Luft an Ort und Stelle zu sorgen. So ist in dem Papier festgehalten, dass unter anderem durch Feinstaub-Belastungen verursachte gesundheitliche Auswirkungen rund um den Frankfurter Flughafen nicht ausgeschlossen werden können.

Im Hinblick auf eine umweltverträglichere Zukunft des Luftverkehrs werde der technische Fortschritt wohl nicht ausreichen, mahnte Weinandy weiter. „Wir werden auch unser Verhalten ändern müssen.“ Das gelte ebenso für den Transportverkehr bei immer größeren Bestellmengen. Auch Professor Johann-Dietrich Wörner von der Umwelthaus GmbH wies auf ein Paket von eventuellen Änderungen hin: „Wir können nicht nur einen Punkt angehen und dann ist alles erledigt.“ So könne man etwa Triebwerke effizienter machen, „dann wird es aber lauter.“

Ausführlich diskutiert wurde weiterhin ein Ausbau des Schienenverkehrs,

der zwar bedeutend erscheint, aber angesichts der Kosten und der langen Planungsverfahren nicht in greifbare Nähe rückt. Auch die Idee, Kerosin mit einer Steuer zu belegen, scheitert bisher an den Verhandlungen in der EU. „Aber wir können nicht einfach noch zehn Jahre so weitermachen“, brachte es Jakob Graichen auf den Punkt.